



Antrag

der Abgeordneten **Ralf Stadler, Andreas Winhart, Gerd Mannes, Christian Klingen, Prof. Dr. Ingo Hahn** und **Fraktion (AfD)**

Düngemittelverordnung aussetzen, Lebensmittelsicherheit gewährleisten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen politischen Ebenen für eine vorläufige Aussetzung der Düngemittelverordnung einzusetzen, um die Nahrungsmittelproduktion nicht durch künstliche Auflagen einzuschränken. Dabei ist politisch auf folgende Ebenen einzuwirken:

1. die Agrarministerkonferenz der Länder
2. den Bundesrat
3. die Landwirtschaftsgremien der EU
4. die Bundesregierung

Begründung:

Lebensmittel- und Düngemittelimporte aus Russland und der Ukraine werden durch die andauernden Kampfhandlungen stark beeinträchtigt. Auch die ohnehin schon hohen Düngemittelpreise werden durch den europäischen Krieg in der Ukraine noch weiter gesteigert. Es ist daher mit einer baldigen Verknappung von Lebensmitteln in Deutschland zu rechnen, was sich sowohl auf das Angebot auswirken wird, als auch auf den Preis.

Währenddessen wird unsere heimische Landwirtschaft durch eine EU- und national bedingte Auflagenflut an der großflächigen Produktion von Lebensmitteln gehindert. Die voranschreitende „Ökologisierung“ hat darüber hinaus dazu geführt, dass der Flächenertrag landesweit gesunken ist und die konventionelle Landwirtschaft unter starken Marktdruck geraten ist.

Ein Hauptgrund dafür ist die Düngemittelverordnung, da sie durch die Ausweisung sogenannter roter Gebiete eine Bewirtschaftung nur noch sehr eingeschränkt ermöglicht, oder aber in der Nähe von Gewässern sogar gänzlich verbietet (Uferrandstreifen). Zum anderen werden in der Düngemittelverordnung praxisferne Regelungen zur Ausbringung von Gülle oder deren Lagerung vorgeschrieben.

Gewinner der derzeitigen Regelungen waren zumeist kapitalstarke, industrialisierte Großlandwirtschaftsbetriebe in Ostdeutschland, welche zu Lasten kleinerer Betriebe von den Kannibalisierungseffekten auf dem Markt profitierten.

Aufgrund der bedrohlichen Lage ist nun jedoch eine grundsätzliche „Zeitenwende“ auch in der deutschen und bayerischen Landwirtschaft einzuläuten. Die landwirtschaftliche Produktion muss wieder auf die Deckung der Nahrungsmittelgrundversorgung in Bayern und Deutschland umgestellt werden. Die einseitige Konzentration auf wenige Qualitätsprodukte, verbunden mit einer hohen Lebensmittelimportrate kann angesichts der derzeitigen Kriegslage keine zukunftsfähige Strategie mehr darstellen.

Jetzt brauchen wir in Bayern alle Betriebe, konventionelle ebenso wie ökologische. Mit der Aussetzung der Düngemittelverordnung wäre ein erheblicher Schritt getan, diesem Ziel wieder näher zu kommen und die Potenziale der bayrischen Landwirtschaft vollumfänglich auszuschöpfen. Mögliche Strafandrohungen der EU sind dabei das kleinere Übel, wenn es um den Erhalt unserer Ernährungsgrundlagen geht.